

Carlo Masala · Frank Sauer · Andreas Wilhelm (Hrsg.)

Handbuch der Internationalen Politik

Carlo Masala · Frank Sauer
Andreas Wilhelm (Hrsg.)

unter Mitarbeit von
Konstantinos Tsetsos

Handbuch der Internationalen Politik



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Ten Brink, Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-14352-1

Inhalt

Vorwort	9
1. Grundlagen und Theorien	
<i>Manuel Fröhlich</i> Politische Philosophie	13
<i>Gert Krell</i> Weltordnungskonzepte	27
<i>Gottfried-Karl Kindermann</i> Klassischer Realismus und Synoptischer Neorealismus	41
<i>Carlo Masala</i> Neorealismus	53
<i>Xuewu Gu</i> Balance of Power	67
<i>Andreas Hasenclever</i> Liberalismus	76
<i>Sebastian Harnisch</i> Sozialer Konstruktivismus	102
<i>Marco Overhaus / Siegfried Schieder</i> Institutionalismus	117
<i>Claus Giering / Almut Möller</i> Integrationstheorie	135
<i>Gunther Hellmann</i> Pragmatismus	148
<i>Joachim Krause</i> Strategische Wissenschaft	182
<i>Ralph Rotte</i> Internationale Politische Ökonomie	199

2. Zugriffe und Methoden

<i>Reinhard C. Meier-Walser</i> Methodik der neorealistischen Konstellationsanalyse	227
<i>Gerald Schneider / Gabriele Ruoff</i> Quantitative Methoden	236
<i>Maria Behrens / Eike Hennig</i> Qualitative Methoden	245
<i>Benjamin Herborth</i> Rekonstruktive Forschungslogik	265
<i>Ulrich Franke / Ulrich Roos</i> Rekonstruktionslogische Forschungsansätze	285

3. Akteure und Problemfelder

<i>Hanns W. Maull</i> Der Staat	307
<i>Doris Fuchs / Matthias Gaugele</i> Globalisierung und Global Governance	321
<i>Andreas Wilhelm</i> Diplomatie	337
<i>Jürgen Schwarz</i> Völkerrecht	353
<i>Frank R. Pfetsch</i> Krieg und Frieden	368
<i>Helmut Hubel</i> Weltpolitische Konflikte	383
<i>Andreas Nölke</i> Transnationale Akteure	395
<i>Christopher Daase / Alexander Spencer</i> Terrorismus	403
<i>Reinhard Rode</i> Internationale Wirtschaftsbeziehungen	426

Inhalt	7
<i>Dirk Messner</i> Entwicklungspolitik	442
<i>Michael Strübel</i> Umwelt	461
<i>Reinhard Wesel</i> Medien	477
Personen- und Sachregister	493
Autorinnen und Autoren	502

Vorwort

Beim vorliegenden Handbuch der Internationalen Politik ist, wie bei vielen Projekten dieser Art, von der anfänglichen Idee bis zum endgültigen Produkt mehr Zeit vergangen als ursprünglich geplant. Allen Beteiligten, die den mitunter beschwerlichen Weg mitgegangen sind, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Durch Frank Sauers Aufnahme in den Kreis der Herausgeber konnte die Fertigstellung des Bandes erheblich beschleunigt werden. Konstantinos Tsetsos gilt unser Dank für seine intensive Mitarbeit in der redaktionellen Endphase des Projekts. Sebastian Weise, Sebastian Enskat, Myriam Steidle, Heiko Lingelbach und Alexander Kohn danken wir für das Vereinheitlichen der Literaturverzeichnisse, die Mithilfe bei der gründlichen Korrektur der Druckfahnen und das Erstellen des Autorenverzeichnisses. Frank Schindler vom Verlag für Sozialwissenschaften, ohne den das Handbuch nicht hätte realisiert werden können, sind wir für seine Geduld und sein Engagement ganz besonders zu Dank verpflichtet.

Um dem langen Entstehungsprozess Rechnung zu tragen, wurde eine Reihe von Beiträgen kurz vor Abschluss des Projekts noch einmal von den Autorinnen und Autoren überarbeitet und aktualisiert. Dies betraf vor allem Beiträge aus dem Abschnitt „Akteure und Problemfelder“, in dem sich wichtige Geschehnisse der internationalen Politik widerspiegeln müssen und in dessen Kapiteln nun auch aktuelle Entwicklungen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise – um nur ein Beispiel zu nennen – Niederschlag gefunden haben. Aber auch in den Abschnitten zu Theorien und Forschungsmethoden wurden Aktualisierungen vorgenommen. Verweise auf aktuelle Literatur wurden in einige Beiträge noch in letzter Minute auf Ebene der Druckfahnen eingearbeitet.

Der nun vorliegende Band schließt eine Lücke in der deutschsprachigen Fachliteratur zur internationalen Politik. Zwar hat das Buch einführenden Charakter, doch geht es in den von ausgewiesenen Experten in ihrem Feld verfassten Einzelbeiträgen zugleich über das hinaus, was Lehrbücher üblicherweise zu leisten vermögen. Ferner gibt das Handbuch im Unterschied zum inzwischen zu Recht als Standardwerk geltenden, von Siegfried Schieder und Manuela Spindler herausgegebenen Sammelband „Theorien der Internationalen Beziehungen“ nicht nur eine Einführung in die Theorie der IB,¹ sondern es macht seine Leserinnen und Leser auch einführend mit Forschungsmethoden sowie zentralen Akteuren, Politikfeldern und Problemstellungen der internationalen Politik vertraut.

Die außergewöhnliche Spannweite an Beiträgen, die das Handbuch in den Kapiteln zu Theorien und Methoden kennzeichnet, werden auch fortgeschrittene Studierende sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Fach zu schätzen wissen. So wurden neben den üblichen „-ismen“ auch Weltordnungskonzepten, der Politischen Philosophie, der Internationalen Politische Ökonomie, der Strategischen Wissenschaft und der Integrationstheorie eigene

¹ „Internationale Politik“ und „Internationale Beziehungen“ (IB) werden als Bezeichnung für die Forschungsdisziplin in diesem Band synonym verwendet.

Kapitel im Abschnitt „Grundlagen und Theorien“ eingeräumt. Und wenngleich „realistische“ und „machtbasierte“ Theorieangebote in Deutschland eine eher randständige Rolle spielen, wie Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn in ihrem 2003 herausgegebenen Sammelband „Die neuen Internationalen Beziehungen“ konstatierten, wurde im Handbuch neben Realismus und Neorealismus auch dem Konzept der Machtbalance ein eigenes Kapitel gewidmet. Folglich ist der vorliegende Band auch nicht als eine neue Bestandsaufnahme des *state of the art* der Disziplin IB in Deutschland zu verstehen. Vielmehr geht es ihm um das Abdecken eines möglichst breiten Spektrums theoretischer Perspektiven. In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass mit dem Handbuch auch der erste einführende Beitrag in deutscher Sprache zur Theorietradition des Pragmatismus und seiner Relevanz für die IB vorliegt – und dies just zu einem Zeitpunkt, zu dem der Pragmatismus in seiner amerikanischen Heimat gerade erst wiederentdeckt wird.

Auch der Abschnitt „Zugriffe und Methoden“ trägt der gesamten Bandbreite der Forschung in den IB Rechnung. So umfasst er klassische quantitative und qualitative ebenso wie neuere Ansätze, die in Abgrenzung zu der für die Disziplin lange typischen Subsumtionslogik stärker rekonstruktionslogische Methoden ins Feld führen. Mit dem vorliegenden Band werden diese ebenfalls erstmalig in einer deutschen Überblicksdarstellung der IB berücksichtigt.

Selbstverständlich kann kein Sammelband zu einem derart umfänglichen Gegenstandsbereich den Anspruch erheben, eine lückenlose Übersicht zu gewährleisten. Das Alleinstellungsmerkmal des Handbuchs der Internationalen Politik liegt vielmehr darin, eine Auswahl getroffen zu haben, die den Überblick über die pluralistische Disziplin IB und ihre verschiedenen theoretischen Perspektiven und Forschungsmethoden mit einer Einführung in die einzelnen Felder der internationalen Politik verbindet. Das Handbuch ergänzt auf diese Weise das deutschsprachige Angebot aus Lehrbüchern und Sammelbänden und bündelt lesenswerte Beiträge für die interessierte Öffentlichkeit und Studierende der Politikwissenschaft sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Fach.

Februar 2009

Carlo Masala
Frank Sauer
Andreas Wilhelm

1. Grundlagen und Theorien

Politische Philosophie

1 Einleitung und Grundlagen

Das Nachdenken über Wirkzusammenhang, Legitimität, Ziel, Zweck und Geltungsanspruch der Politik ist nicht auf die Frage nach der rechten Staatsform oder der Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit in nationalen Grenzen beschränkt. Gerade im Zeitalter der Globalisierung wird die Frage nach der Ordnung, Begründung und Kritik des Politischen im zwischenstaatlichen aber auch globalen Kontext relevant. In einer Situation, in der die Frage ansteht, ob die Grundbegriffe von Staat und Politik (u.a. Souveränität, Macht, Krieg, Frieden) die Realität noch angemessen fassen können, kommt der politischen Philosophie besondere Bedeutung zu. Ihr Ort muss jedoch in mehrfacher Hinsicht genauer bestimmt werden.

Eine erste Orientierung bietet dabei die Etikettierung „klassischer Ansatz“ im Sinne einer wesentlich auf der politischen Philosophie beruhenden Analyse internationaler Politik. Hedley Bull (1932-1985) definiert den klassischen Ansatz als „(...) the approach to theorizing that derives from philosophy, history, and law, and that is characterized above all by explicit reliance upon the exercise of judgement and by the assumptions that if we confine ourselves to strict standards of verification and proof there is little of significance that can be said about international relations, that general propositions about this subject must therefore derive from a scientifically imperfect process of perception and intuition, and that these general propositions cannot be accorded anything more than the tentative and inconclusive status appropriate to their doubtful origin“ (Bull 1966: 361). Den Gegensatz zum klassischen Ansatz stellt danach ein im engeren Sinne sozialwissenschaftlicher Ansatz dar, bei dem sich die Analyse internationaler Politik auf messbare Variablen konzentriert mit deren Hilfe Kausalitäten mit geradezu mathematischer Bestimmtheit errechnet und bestimmt werden können. Bull wendet sich strikt gegen einen solchen Ansatz, da sich die Realität internationaler Politik nicht in die für solch präzise Messungen notwendigen Laborbedingungen pressen ließe. Der „fetish for measurement“ (Bull 1966: 372), den er Teilen der sozialpsychologisch und behaviouralistisch orientierten Sozialwissenschaft der 1950er und 1960er Jahre unterstellt, resultiere in einem Zerrbild der internationalen Politik. Die quasi-naturwissenschaftliche „Auflösung“ politischer Prozesse mittels quantitativer Methoden (vgl. dazu den Beitrag von Gerald Schneider und Gabriele Ruoff in diesem Band) stelle eine zwar verlockende, letztlich aber unangemessene Reduktion dar. Der Rekurs auf die Philosophie, die Geschichte und die Rechtswissenschaft könne dagegen vielleicht keine ultimativen Gewissheiten, Ergebnisse und Prognosen hervorbringen – dem Verständnis der internationalen Politik sowie den Wahrnehmungen und Entscheidungsoptionen politischer Akteure

komme er jedoch erheblich näher. Ein solch „klassischer“ Ansatz setzt auf hermeneutische Methoden (vgl. dazu die Beiträge von Benjamin Herborth sowie von Ulrich Franke und Ulrich Roos in diesem Band) sowie die Nutzung philosophischer und historischer Wissensbestände. Das „Verstehen“ internationaler Politik erhält dabei Vorrang vor dem (vermeintlichen) „Erklären“. Gegen den vornehmlich in den USA entwickelten sozialwissenschaftlichen Ansatz einer „amerikanischen Tradition“ stellt Bull den klassischen Ansatz als Signum einer „englischen Tradition“. Repräsentiert wird diese Tradition durch teils sehr unterschiedliche Vertreter der „Englischen Schule“, einem losen Sammelbegriff für Wissenschaftler, deren Ursprung im *British Committee on the Theory of International Politics* der 1950er Jahre liegt und deren Arbeiten seit den 1990er Jahren wieder erhöhte Aufmerksamkeit finden. Die Bedeutung politischer Philosophie für die internationale Politik beginnt jedoch nicht erst mit der „Englischen Schule“. Ihre Vertreter haben allerdings Positionen formuliert, die weitere Orientierung geben.

So findet sich ein zweiter Anhaltspunkt in Martin Wights (1913-1972) Begriff der „*international theory*“, die – ähnlich dem „klassischen Ansatz“ Bulls – wesentlich auf die politische Philosophie zurückgreift. Wight geht zunächst von der politischen Theorie aus, die sich seit Menschengedenken mit den Fragen des rechten Gemeinwesens, der besten Staatsform und des guten Lebens beschäftigt habe. „Theorie“ heißt für Wight dabei vor allem Ideengeschichte – also die Vergewisserung von Autoren und Argumenten der Vergangenheit, die Klärung des Ursprungs und Bedeutungsgehaltes von Begriffen sowie die Frage nach Traditionslinien des Denkens und der Wirkungsgeschichte politischer Ideen. Ist die „*political theory*“ auf das Leben im Staat fokussiert, so ist „*international theory*“ für Wight insofern ein Zwillingsbegriff, als dass diese sich auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und die auswärtige Politik bezieht. Im Gegensatz zur „*political theory*“ ist die Frage der kanonischen Schriften oder des einigermaßen gesicherten Wissensbestandes bei der „*international theory*“ jedoch um einiges problematischer. Ihr Material sei „*scattered, unsystematic, and mostly inaccessible to the layman*“ (Wight 1995: 19), weshalb sich sogar fragen lasse, ob es so etwas wie „*international theory*“ überhaupt gebe. In jedem Fall findet die Beschäftigung mit den Ideen von Ordnung und Stabilität oder Konflikt und Kooperation im internationalen Bereich nach Wight in einem anderen Koordinatensystem statt als im nationalen Bereich. Während er die klassische „*political theory*“ als „*theory of the good life*“ bezeichnet, könne es bei der „*international theory*“ allenfalls um eine „*theory of survival*“ (Wight 1995: 32) gehen. Wie bei der „*political theory*“ ist es für Wight jedoch die Ideengeschichte, in der sich Material und Methode zugleich finden lassen. Neben der Durchmusterung der philosophischen Ideen vergangener Jahrhunderte schließt er dabei auch und gerade die Reden, Memoiren oder Äußerungen von handelnden Personen aus Regierung und Diplomatie in die zur Verfügung stehende Materialsammlung ein. Von daher erschließt sich Wights Definition: „*International theory is the political philosophy of international relations*“ (Wight 1991: 1). In Wights Worten findet sich dabei eine nicht untypische, beinahe synonyme Verbindung der Begriffe internationaler „Philosophie“ und „Theorie“. Ihre Abgrenzung fällt tatsächlich schwer und ist häufig unscharf. „Theorie“ scheint dabei der allgemeinere Begriff zu sein, da hierunter beinahe jede Art der Analyse internationaler Politik gefasst werden kann. Die meisten „Theorien“ der internationalen Politik gründen jedoch unabhängig von ihrer thematischen, sektoralen oder historischen Eingrenzung auf philoso-

phische Grundannahmen über Mensch, Staat oder internationales System, die in der Regel auf klassische Referenzpunkte und gedankliche Wurzeln in der politischen Ideengeschichte bezogen werden können.

In diesem Kontext ergibt sich auch eine dritte Orientierung zur Bedeutung der politischen Philosophie für die internationale Politik: Sie ist vorrangig und unvermeidbar mit normativen Fragestellungen verknüpft. Ihr geht es nicht um eine bloß formale Vergewisserung der Begriffe im Laufe der Zeit, sondern – als praktische Philosophie – um ethisches Wissen in einem Teilbereich menschlichen Handelns, das zwischen den Polen Krieg und Frieden immer noch nicht mit jener Grundsicherheit unterlegt ist, die die Herausbildung des Staates (bei allen Qualifizierungen) durch Rechtssicherheit und die Organisation des Gewaltmonopols innerhalb einer Gesellschaft mit sich gebracht hat. Für Stanley Hoffmann (1987) ist gerade die Abwesenheit einer letztinstanzlichen Autorität, konsistenter Verhaltensnormen und einer mit Durchsetzungsmacht bewehrten Rechtsordnung der Grund für die unumgängliche Beschäftigung mit den Normen in der internationalen Politik, da diese weder als konsensual noch als beständig vorausgesetzt werden können. Mehr noch: Anders als im innerstaatlichen Bereich kann sich eine politische Philosophie internationaler Politik weder auf die unterstellte noch artikulierte Meinung einer Gesellschaft stützen. Sie muss vielmehr mit einer Pluralität von Interessen, kulturellen Deutungsmustern, institutionellen Präferenzen und historischen Erfahrungen umgehen, die sich allenfalls ansatzweise zu einer verfassten Weltgesellschaft fügen. Dass es bei diesem Unterfangen nicht um ultimative Lösungen, fest gesichertes Wissen oder die Einsicht in Wesen und Natur der Dinge internationaler Politik gehen kann, ist ebenso offensichtlich wie die politische Relevanz dieses Unterfangens. Die Suche nach allgemeinen Prinzipien politischer Ordnung im internationalen Bereich sowie die Erhellung der spezifischen Rationalität der Politik zwischen Staaten hat von daher immer wieder neue Anregung und Ernüchterung gefunden, ohne dass eine eindeutige oder gar lineare Entwicklung festzustellen wäre.

2 Positionen und Stationen der politischen Philosophie internationaler Politik

Im Rahmen dieses knappen – notwendig lückenhaften – Abrisses kann es nur um eine sehr grobe Skizze gehen, in der einige wesentliche Argumente und Entwicklungen markiert werden sollen.

Die politische Philosophie der internationalen Politik nimmt ihren Ausgang in besonders prägnanter Weise bei Thukydides (460-400 v. Chr.) und dessen Schilderung des Peloponnesischen Krieges. Ihm geht es weniger um die historische Vergegenwärtigung der Ereignisgeschichte, sondern um die Behandlung spezifischer Gesetzmäßigkeiten, denen die politisch Handelnden unterliegen. Im Melier-Dialog zwischen den mit Sparta im Kriegszustand befindlichen Athenern und den in dieser Auseinandersetzung neutral agierenden Bewohnern der kleinen Insel Melos zeigen sich sowohl das expansiv vorgehende Athen als auch die defensiv ausgerichteten Melier von den Gesetzmäßigkeiten der Macht bestimmt, wie sie – so nicht zuletzt das Argument der Athener – die „internationale“ Politik nun einmal bestimmten: Insbesondere in einer Kriegssituation gehen Nutzen und Vorteil über Ge-

rechtigkeit, Sicherheit über Freiheit und Stärke über Moral. Neutralität ist in einer solchen Situation nicht möglich: Die Schwachen können sich nicht darauf verlassen und die Starken können sie nicht zulassen. Herrschaft und Zwang sind Mittel der Überlebenssicherung: „Wir haben dies Gesetz weder gegeben noch ein vorgegebenes zuerst befolgt, als gültig überkamen wir es, und zu ewiger Geltung werden wir es hinterlassen, und wenn wir uns daran halten, so wissen wir, dass auch ihr und jeder, der zur selben Macht wie wir gelangt, ebenso handeln würde“ (Thukydides 1991: 436). Thukydides legt den Grundstein für die Vorstellung, dass eine politische Philosophie, zumindest aber eine politische Ethik im Bereich der internationalen Politik anders auszusehen hat als im innerstaatlichen oder gar zwischenmenschlichen Bereich. Die Zwanghaftigkeit einer Situation, die seit einigen Jahrzehnten als „Sicherheitsdilemma“ (Booth/Wheeler 2007) diskutiert wird, skizziert er in deutlichen Worten. Und doch wäre eine Lesart seines Werkes, die ihn zum Wortführer einer allein machtorientierten, „realistischen“ Position machen würde, zu kurz gegriffen. Der Melier-Dialog, in dem die Melier bei allem Ringen um Einsehen und Gnade ihre Vernichtung nicht aufhalten können, ist unmittelbar vor dem Bericht über Athens verhängnisvolle Expedition nach Sizilien positioniert. Unter dem Zwang, ihre prekäre Machtposition beständig unter Beweis zu stellen, überdehnt die kurzfristig dominante und unaufhaltsame Seemacht ihre Kräfte. In der schlussendlichen Niederlage findet Athen zu seinem Schutz nur noch die Trümmer einer Rechtsordnung, die es selbst in Melos mit zerstört hatte. Die Bedeutung von Diplomatie und Völkerrecht wird in diesem Sinne auch bei Thukydides unterstrichen.

Die Frage, wann der Einsatz von Gewalt gerechtfertigt oder gar geboten sein könnte, stellt sich für Aurelius Augustinus (345-430 n. Chr.) nach der Plünderung Roms durch die Wandalen im Jahre 410 auf ganz andere Weise. Konfrontiert mit dem Vorwurf, der Niedergang Roms sei durch das Christentum zumindest mitverschuldet worden, unterscheidet er zwischen *civitas dei* und *civitas terrena* – zweier Reiche mit unterschiedlichem Erfahrungs- und Geltungsgrund. Im Erdenreich verfangen ist das Ziel des Friedens nur vorläufig und flüchtig zu erreichen; wahrer Friede ist letztlich nur im Reich Gottes möglich. Neben einer tiefgeschichteten Ontologie des Friedens beschäftigt sich Augustinus auch mit der Frage, ob es denn im Reich des Irdischen mit seinem beständigen Kampf zwischen Gut und Böse auch Situationen geben könnte, in denen der Einsatz von Gewalt und kriegerischen Mitteln unumgänglich sei. Verbunden mit diesem allgemeinen Problem ist für Augustinus die konkrete Frage, ob es einem Christen erlaubt sei, Militärdienst zu leisten. Ausgehend von einer Friedensvorstellung, die die ruhende, ausgeglichene Ordnung der Dinge in ihr Zentrum setzt, können für ihn Störungen dieser Ordnung als Störungen des Friedens betrachtet werden, der ggf. nur durch eine Korrektur bzw. Zurücknahme dieser Störung wiederhergestellt werden kann. Ein „gerechter“ Krieg ist mithin auf den Frieden als Ziel verpflichtet. Weitere Kriterien des „gerechten Krieges“ fasst Thomas von Aquin (1225-1274) unter Berufung auf Augustinus, als *auctoritas principis* (die Erklärung des Krieges durch eine legitime Autorität), als *causa iusta* (die Kriegsführung aus legitimem Grund) und schließlich als *recta intentio* (die legitime Absicht der Kriegsführung zur Wiederherstellung des Friedens) zusammen. Mit diesen drei Kriterien verbunden ist die Forderung nach *debitus modus*, d.h. dem Einsatz angemessener Mittel in der Kriegsführung. Wirkmächtig wie diese Lehre des gerechten Krieges auch war, so ist sie nicht nur mit dem Aufbrechen eines einheitlichen

normativen Rahmens und Maßstabes im Rahmen der Glaubensspaltung mit erheblichen Problemen behaftet. Der *bellum iustum ex utraque parte*, in dem die verfeindeten Parteien beide gleichermaßen das Recht auf ihrer Seite sehen, nimmt der Argumentation ihre Orientierungskraft.

In diese politische wie gedankliche Lücke stößt – geschult an antiken Erfahrungen und hervorgehoben als Repräsentant der Renaissance – zunächst Niccolò Machiavelli (1469-1527). Ihm ist es unter gewandelten Bedingungen um das rechte Verständnis und die erfolgreiche Handlungsanleitung im inner- und zwischenstaatlichen Bereich zu tun. Aufbauend auf dem durch Francesco Guicciardini (1483-1540) geprägten Begriff der Staatsräson plädiert er für die Etablierung eines durchsetzungsfähigen Gemeinwesens, das sich in den unsicheren Zeitläuften der italienischen Renaissance mit ihrem Wettbewerb der Stadtstaaten sowie permanenter Interventionen durch die Großmächte behaupten kann. Machiavelli unterscheidet Monarchien und Republiken nach ihrem außenpolitischen Verhalten und ihrer Handlungsfähigkeit; gemein sei ihnen jedoch das nach ihren Interessen und Möglichkeiten verfolgte Ziel, innerhalb eines Systems unterschiedlicher Mächte ihren Platz zu sichern. Allianzen oder gar Föderationen mögen sich je nach Situation dazu ebenso eignen, wie für andere Situationen imperiale Politik angemessen sei. Krieg wird für Machiavelli zu einem unvermeidbaren Mittel der Politik. Dies ist einerseits einem durch stark pessimistische Züge und persönliche Erfahrungen in der damaligen Politik bestimmten Menschenbild geschuldet. Andererseits ist es die Konsequenz einer Entwicklung, in der eine übergreifende Ordnungs- oder Wertevorstellung im Sinne eines Universalreiches christlicher Prägung, wie es noch Dante Alighieri (1265-1321) postulierte, nicht mehr erreichbar scheint. Wights Bestimmung der „international theory“ als einer „theory of survival“ mag hier ihre deutlichste Illustration finden, wobei sich bei Machiavelli das politische Handeln insgesamt (d.h. im Inneren wie im Äußeren) von den moralischen Grundsätzen früherer Jahrhunderte emanzipiert – freilich ohne ethische Überlegungen grundsätzlich auszuschließen.

Eine andere Antwort als Machiavelli gibt der Niederländer Hugo Grotius (1583-1645). Oftmals als „Vater des Völkerrechts“ apostrophiert, gilt er als Exponent der Betonung einer Rechts- und Verfahrensordnung in den internationalen Beziehungen. Auch er kennt die Denkfigur des „gerechten Krieges“, die bei ihm jedoch eher im Sinne der Wiederherstellung eines Rechts- bzw. Friedenszustandes und nicht durch ideologische oder religiöse Gründe gerechtfertigt wird. Die Zeitgenossenschaft zum dreißigjährigen Krieg zeigt bei ihm deutliche Wirkungen. Mit seiner Betonung vertraglicher Bindungen der Staaten untereinander, sowie schiedsähnlicher Verfahren der Streitschlichtung, erweitert Grotius die Interaktionsformen der Staaten und Völker: Sie bilden eine internationale Gesellschaft, deren konstitutives Element die Zugehörigkeit zu einer verbindenden Idee des Rechts und der Gerechtigkeit darstellt. In seiner Suche nach einer Position zwischen der Idee des Universalreiches einerseits und der Vorstellung ungebundener und absoluter, einzelstaatlicher Souveränität andererseits kommt Grotius dem nahe, was Hedley Bull (2002) die „anarchische Gesellschaft“ in der internationalen Politik genannt hat. Das Völkerrecht als Toleranzordnung, wie es sich im Westfälischen Frieden äußert, tritt also in die normative Lücke, die durch die Auflösung der Vorstellung eines einheitlichen Universalreiches entstanden war. Dies rührt nicht nur aus dem Streit zwischen Katholizismus und Protestantismus, sondern auch aus der Erfahrung des Kontaktes mit außereuropäischen Kulturen, deren Platz in einer univer-

salen, globalen Rechtsordnung bereits von Francisco de Vitoria (1492-1546) und Francisco Suárez (1548-1617) thematisiert wurde.

Die Ansätze zu einer internationalen Gesellschaft, wie sie sich bei Grotius finden und im Anschluss an John Locke (1632-1704) weiter ausgestalten lassen, konnte Thomas Hobbes (1588-1679) als Zeitgenosse des Grotius nicht erkennen. Er liefert mit seiner Grundlegung der neuzeitlichen Vertragstheorie, die vor dem Hintergrund des englischen Bürgerkrieges auf die Herstellung innerstaatlichen Friedens zielte, auch einige Argumente für die zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Sphäre der internationalen Politik wäre demnach strukturell mit dem Naturzustand vor Begründung des Staates zu vergleichen. Ebenso wie die Individuen im Naturzustand sind nunmehr die Staaten in einem Wettbewerb um knappe Güter in ihrer Ruhmsucht und gegenseitigem Misstrauen verfangen. Der latente Bürgerkrieg wird zum latenten Weltkrieg aller gegen alle. Angesichts der rückhaltlosen Übertragung und Konzentration jeglicher Herrschaftsgewalt auf eine friedenssichernde Instanz im Staate, den *Leviathan*, dessen Autorität im Inneren nicht relativiert oder hinterfragt werden darf, ist die Vorstellung einer Reglementierung dieser Autorität in seinen auswärtigen Beziehungen grundsätzlich problematisch. Die mögliche institutionelle Antwort auf Furcht und Bedrohung zwischen den Staaten (Einrichtung eines „Welt-Leviathans“) findet hier schon ihre Grenze, da durch eine solche Autorität der bereits erzielte Befriedungszustand im Inneren des Staates für Hobbes zumindest in Frage gestellt wäre. Zudem sieht er die prinzipielle Gleichheit (und das heißt vor allem gleiche Verwundbarkeit) der Menschen im Naturzustand, die den einigenden Impuls zum Vertragsschluss gab, im zwischenstaatlichen Zustand nicht gegeben: Staaten seien objektiv unterschiedlich in Größe, Stärke und Reichtum. Auch bei Hobbes sind Verträge möglich – ohne Durchsetzungsinstanz jedoch höchst fragil. Das vornehmste Recht des Leviathans, seine Bürger zu schützen, kann ihm in einer solchen Perspektive nur schwer genommen werden. Selbsterhaltung und Sicherheitsstreben stehen im Vordergrund. Hobbes bietet eine Grundlage, zwischenstaatliche Beziehungen und ihre Befriedung analog zur innerstaatlichen Situation zu denken. Gleichzeitig verschließt jedoch seine Souveränitätskonstruktion den Weg zum Weltstaat. Die Suche nach alternativen Modellen zur Friedenssicherung stellt eine weitere Traditionslinie der politischen Philosophie internationaler Politik dar.

Beginnend mit Erasmus von Rotterdam und seiner „*Querela Pacis*“ (1517) über William Penns „*Essay Toward the Present and Future Peace of Europe*“ (1693) oder das „*Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*“ (1729) des Abbé de Saint-Pierre bis hin zu der wohl artikuliertesten Ausformung in Immanuel Kants Schrift „*Zum ewigen Frieden*“ (1795) bietet die politische Philosophie eine Reihe von Beispielen so genannter Friedensrufe oder Friedenspläne. In ihnen finden sich mannigfaltige Friedensstrategien: von der Idee kollektiver Sicherheit über die Stärkung der Schiedsgerichtsbarkeit bis hin zum Plädoyer für die friedensfördernde Wirkung des internationalen Handels. Kant, der sich in seiner Vertragslehre deutlich an Hobbes anlehnt, geht über diesen hinaus, indem er als „negatives Surrogat“ eines (aus mehreren Gründen) nicht anzustrebenden Weltstaates einen „Föderalismus freier Staaten“ (Kant 1983: 208) fordert. Dieser Staatenbund steht einerseits in der Tradition der teils sehr konkreten institutionellen Überlegungen bei Penn und dem Abbé de Saint-Pierre. Kant beschäftigt sich jedoch weniger mit der konkreten Beschreibung der Verfahrens- und Institutionenkunde eines solchen Bundes. Die Forderung nach einem Staatenbund

im zweiten Definitivartikel seiner Schrift ist Teil einer umfassenden Strategie der Friedensförderung durch das Recht, die er in insgesamt drei Definitivartikeln entfaltet. Eine solche Friedensstrategie muss demnach neben der im zweiten Artikel behandelten Dimension des Völkerrechts auch die Ebene des Staatsrechts (erster Definitivartikel) und des Weltbürgerrechts (dritter Definitivartikel) umfassen. Mit seiner Forderung nach republikanischer Regierungsart als einer Bedingung des Friedens markiert Kant in bemerkenswerter Deutlichkeit eine Position, nach der die innere Verfasstheit eines Staates mit seinem äußeren Verhalten verknüpft ist. Republikanisierung wird bei Kant zur Friedensstrategie, da die Beteiligung der betroffenen Bevölkerungen an der Entscheidung über Krieg und Frieden strukturell zu eher defensivem Verhalten führe. Im Gegensatz zum Abenteuerum einzelner Herrscher und Fürsten, für die die Entscheidung zum Kriege nicht viel mehr als eine „Lustpartie“ darstellen mag, überlegten sich die Betroffenen sehr wohl, „ob sie ein solch schlimmes Spiel“ (Kant 1795: 206) anfangen würden. Völkerbund und republikanische Regierungsart müssen nach Kant jedoch noch durch die Ebene des Weltbürgerrechts ergänzt werden. Dieses formuliert Kant als Hospitalitätsrecht; in seiner Begründung kann man jedoch unschwer eine Keimzelle der modernen Vorstellung universaler Menschenrechte erkennen: „Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt und so zum ewigen Frieden, zu den man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf“ (Kant 1795: 216-217). Nur unter gleichzeitiger Verfolgung der drei genannten Dimensionen, und bei Beachtung der in den Präliminarartikeln der Schrift festgelegten negativen Bedingungen des Friedens ist Friedenspolitik möglich. Friede ist kein statischer Zustand, sondern ein dynamischer Prozess: Er muss gestiftet werden und bedarf der kontinuierlichen „Arbeit“. Die Wirkungsgeschichte von Kants Schrift, etwa in der Form der Übernahme seiner Gedanken durch Woodrow Wilson (1856-1924) beim Aufbau des Völkerbundes, gehört zu den konkretesten Manifestationen des Verhältnisses von Philosophie und internationaler Politik. Das Versagen des Völkerbundes, aber auch die Aktualisierung einiger seiner philosophischen Grundlagen in Gestalt der Vereinten Nationen illustriert (mit ihren Erfolgen und Misserfolgen) das Spannungsfeld von gegenseitiger Anregung und Ernüchterung zwischen Philosophie und internationaler Politik.

In der Summe scheint die Beständigkeit der Fragen höher als die der jeweiligen Antworten der politischen Philosophie internationaler Politik. Zudem schließen sich die einzelnen Autoren und Argumente nicht selten gegenseitig aus. Wight, der die Bedeutung von „international theory“ keineswegs unterschätzen will, sieht gleichwohl nur eine „limited range of ideas“ (Wight 1991: 5), die immer wieder neu auf das „same old melodrama“ (Wight 1995: 25) internationaler Politik bezogen werden könne und das Verhalten von Staaten wie Politikern bestimme. Seine Unterscheidung von Denktraditionen unternimmt den Versuch, den einfachen Antagonismus zwischen „Idealismus“ und „Realismus“ in den internationalen Beziehungen aufzulösen. Laut Wight eröffnet vielmehr der Blick auf drei, in unterschiedlichem Mischungsverhältnis über die Zeit bestehende Denkströmungen einen

angemessenen Blick auf die internationale Politik. Im Anschluss an die kurz skizzierten Stationen der Ideengeschichte spricht Wight von Realismus (ein Denkansatz mit dem Stammvater Thomas Hobbes), Rationalismus (Hugo Grotius) und Revolutionismus (Immanuel Kant). Diese Unterscheidung stützt sich auf jeweils andere Inhalte und Perspektiven der einzelnen Denkrichtungen mit Blick auf die entscheidenden Akteure und Fragestellungen der internationalen Politik. So steht der Betonung substaatlicher, gesellschaftlicher oder gar individueller Akteure im Revolutionismus konsequenterweise die Zielperspektive der Weltgesellschaft zur Seite – er argumentiert also ethisch. Der Realismus betont hingegen die dominante Stellung von Staaten als entscheidenden Akteuren innerhalb eines Systems, das Elemente des Hobbesschen Naturzustandes aufweist – er argumentiere soziologisch. Der analytische Brennpunkt der im Anschluss an Grotius entwickelten rationalistischen Schule liegt mit der internationalen Gesellschaft in gewisser Weise zwischen den beiden anderen Denkströmungen – er argumentiere teleologisch. Bei Hedley Bull (2002) ist dieses Spannungsverhältnis nochmals zugespitzt als „*anarchical society*“ ausbuchstabiert. Abseits einiger nicht unerheblicher Unschärfen (unter Revolutionsmus bzw. Universalismus und Idealismus finden sich nach Wight so verschiedene Vertreter wie Rousseau, Stalin, Hitler, Marx oder Kant) bieten die drei Traditionen ein umfassendes heuristisches Modell, um die verschiedenen Manifestationen, Konstellationen und Ausprägungen internationaler Politik zu systematisieren. Dieses Modell kann zudem noch mit einer Dreiteilung verbunden werden, die Kenneth Waltz (aus „neorealistischer“ Perspektive kommend) als die drei „*Images*“ internationaler Politik bezeichnet hat und die er ebenfalls aus der Beschäftigung mit der politischen Philosophie internationaler Politik ableitet (vgl. dazu den Beitrag von Carlo Masala in diesem Band). Die „*Images*“ zeichnen sich dabei erstens durch den Blick auf menschliches Verhalten, zweitens durch den Blick auf die Verfasstheit von Staaten und drittens durch die Betrachtung der Struktur des internationalen Systems aus. Diese Unterscheidung bietet ebenfalls ein sinnvolles Ordnungsmuster für die unterschiedlichen Argumentationsweisen der politischen Ideengeschichte hinsichtlich des Spannungsverhältnisses von Konflikt und Kooperation. Der Charme der Waltzschen „*Images*“ liegt dabei nicht zuletzt in dem Umstand, dass die drei Bilder nicht notwendigerweise mit der gleichen „philosophischen Brille“ betrachtet werden müssen, sondern unterschiedliche Interpretationsmuster miteinander verbunden werden können. Weit davon entfernt, der Fülle und dem Detailreichtum der politischen Philosophie internationaler Politik gerecht zu werden, bieten die drei Traditionen nach Wight und die drei Bilder nach Waltz gleichwohl ein mögliches Koordinatensystem zur Verortung gegenwärtiger Probleme internationaler Politik.

3 Aktuelle Probleme im Lichte der politischen Philosophie internationaler Politik

Wight sah den Nutzen der politischen Philosophie (bzw. Theorie in seiner Definition) nicht zuletzt in der Erkenntnis, dass viele vermeintlich neuartige und aussergewöhnliche Herausforderungen der internationalen Politik gar nicht so neu und außergewöhnlich sind, wie es dem jeweiligen Zeitgenossen erscheinen mag: „One of the main purposes of university education is to escape from the *Zeitgeist*, from the mean, narrow, provincial spirit which is con-

stantly assuring us that we are at the peak of human achievement, that we stand on the edge of unprecedented prosperity or an unparalleled catastrophe; that the next summit conference is going to be the most fateful in history or that the leader of the day is either the greatest, or the most disastrous, of all time. It is a liberation of the spirit to acquire perspective, to recognize that every generation is confronted by problems of the utmost subjective urgency, but that an objective grading is probably impossible; to learn that the same moral predicaments and the same ideas have been explored before. One need read very little in political theory to become aware of recurrences and repetitions" (Wight 1991: 6). Tatsächlich lassen sich einige Traditionslinien politischen Denkens erkennen, bei denen unter gewandelten äußeren Bedingungen eigentlich immer wieder dieselben Fragen und Probleme behandelt werden. Und doch wandelt die jeweilige Aktualisierung auch ihrerseits die Tradition; Politik und Theorie stehen im Dialog, der aufrechterhalten, abgebrochen, aber auch fortgeführt werden kann. Selbst eingedenk Wights Warnung vor der Kurzsichtigkeit der Zeitgenossen kommt man nicht umhin, viele der mit „Globalisierung“ beschriebenen Prozesse als doch recht fundamentale Erscheinungen wenn nicht der Krise, so doch des Wandels, zu deuten. Die Bedeutung politischer Philosophie ist dabei nicht auf die bloße Variation der Wightschen Traditionen angewiesen. Vielmehr sind zwei seiner Kernaussagen zum Wesen der „international theory“ in Frage gestellt.

Zum einen hat die Wandlung oder Relativierung staatlicher Souveränität sowie die Auflösung der Unterscheidung von Innen und Außen im Politischen auch eine theoretische Konsequenz: Die von Wight unterstellte Trennung der „*political theory*“ von der „*international theory*“ ist so nicht mehr aufrecht zu halten. Jüngere philosophische Auseinandersetzungen um die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit kosmopolitischer Demokratie oder einer wie auch immer gearteten Weltrepublik beschäftigen sich mit dem Problem der Übertragbarkeit von Steuerungs- und Legitimationsformen der innerstaatlichen Ebene auf die zwischensstaatliche und globale Ebene. Der Diskurs zu Formen des *Global Governance* kommt abseits der theoretischen wie praktisch-politischen Absage an ein (zu) einfach zu denkendes *Global Government* nicht ohne Rückgriff auf die Fragen der politischen Philosophie des Staates aus. Ähnlich verhält es sich bei der Übertragung des „zivilisatorischen Hexagons“ (Senghaas 1995) auf die internationale Ebene. Die Einsicht, dass bestimmte Politikfelder – von der Sicherheits- über die Gesundheits- bis hin zur Umweltpolitik – nicht mehr einzelstaatlich gesteuert werden können, führt zu der Frage, wie eine internationale und globale Wohlfahrtspolitik zu organisieren ist (und was darunter zu verstehen ist). Das von *Carl Friedrich von Weizsäcker* (1912-2007) geprägte Schlagwort der „Weltinnenpolitik“ (Weizsäcker 1994) stellt in diesem Zusammenhang weniger eine Zustandsbeschreibung als eine konkrete Herausforderung dar.

Mit der Infragestellung der Trennung Wights von „*political theory*“ und „*international theory*“ fällt dann aber auch die Unterscheidung, wonach die politische Theorie sich mit dem guten Leben beschäftige, während sich die internationale Theorie mit der Frage nach dem bloßen Überleben zu begnügen habe. In einer zunehmend interdependenten, globalisierten Welt mit beschleunigtem politischen Wandel und einer Neujustierung sowohl der Autoritäts- wie auch der Verantwortlichkeitsstrukturen ist die Frage des Überlebens zugleich die Frage des guten Lebens. Die Bewältigung der gleichzeitigen und unterschiedlichen Herausforderungen verlangt den „guten Staat“ (dessen Kernauftrag der Sicherheitsvorsorge bleibt,

dessen Handlungsformen jedoch in neuen Bahnen verlaufen) ebenso wie den „guten Bürger“ – ob er nun als zunehmend anerkanntes Individuum die weltpolitische Bühne betritt, sich in Nicht-Regierungsorganisationen zivilgesellschaftlich betätigt oder Teil der mit zunehmenden politischen und sozialen Verantwortlichkeiten konfrontierten Privatwirtschaft ist.

In einer solchen Situation zeigt sich etwa die jüngere Debatte um Liberalismus und Kommunitarismus ebenso kompatibel zu innerstaatlichen wie zwischenstaatlichen Problemen. So kann die Frage nach der Universalität der Menschenrechte, nach der Möglichkeit eines Weltethos oder dem Verpflichtungsgrad internationaler Strafgerichtsbarkeit in den Kategorien von John Rawls (1921-2004) und der seiner Kritiker behandelt werden. Die rechtsförmliche Fassung und Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (oder besser gesagt gegen die Menschheit) macht die Vorstellung einer internationalen Gemeinschaft denknotwendig. Eine besondere Herausforderung liegt jedoch darin, in diesem Bemühen über die Grenzen „westlichen Denkens“ hinauszugehen und die außereuropäische Geschichte und Philosophie auch im Sinne einer interkulturellen Verständigung aufzunehmen.

Der gegenwärtige Problemhorizont internationaler Politik ist nicht zuletzt durch eine Reihe von Veränderungen im Spannungsfeld von Krieg und Frieden bestimmt. Dazu gehört zunächst die Auseinandersetzung mit der Auflösung des Begriffes vom Kriege, wie ihn klassischerweise Carl von Clausewitz (1780-1831) geprägt hat. Der Primat der Politik, die Wahl der Mittel, aber auch die eigentliche Rationalität und Zielbestimmung des Einsatzes kriegerischer Gewalt wird nicht nur durch vielfältige Interventionsarten in Frage gestellt, sondern sieht sich auf geradezu revolutionäre Art und Weise in der Form terroristischer Anschläge oder so genannter Bürgerkriegsökonomien als „neue Kriege“ (Münkler 2002) herausgefordert (vgl. dazu den Beitrag von Frank R. Pfetsch in diesen Band). Gerade sie stellen aufs Neue die Frage nach der Angemessenheit und Legitimation des Einsatzes von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Die Tendenz hin zu einem allgemeinen Gewaltverbot des modernen Völkerrechts einerseits und das Aufkommen von Massenvernichtungswaffen (deren Zerstörungspotential jegliches Legitimationsargument desavouiert) andererseits haben die Lehre vom gerechten Krieg nachhaltig relativiert. Als grundsätzliche, ethische Argumentationsfigur im Spannungsfeld von Krieg und Frieden hat sie gleichwohl eine Reihe von Aktualisierungen erfahren. Sowohl mit Blick auf so genannte humanitäre Interventionen als auch mit Blick auf quasi-polizeiliche Aktionen zur Durchsetzung internationalen Ordnungsrechts (Dicke 1993) haben etwa die Kriterien des gerechten Krieges jüngst in der Reformdebatte der Vereinten Nationen und des Völkerrechts eine kritische Neuauflage erfahren. Im Unterschied zur einstmaligen Lehre liegt die Entscheidung über gerechten Kriegsgrund und gerechte Kriegsführung in einer völkerrechtskonformen Auslegung aber nicht mehr bei einem einzelnen Herrscher (und dessen Gewissen), sondern ist verbunden mit den multilateralen Verfahren der Weltorganisation. Die Ambivalenz der Denkfigur des gerechten Krieges, die gleichzeitig den Einsatz von Gewalt in einigen Fällen einschränken, in anderen jedoch ermöglichen soll, ist allerdings durch die Jahrhunderte geblieben. Die Debatte um die Schutzverantwortlichkeiten, aber auch die Bedingungen staatlicher Souveränität hat in der Formel von der „*responsibility to protect*“ einen Akzent erhalten, bei dem (unter deutlichem Rückgriff auf ideengeschichtliche Positionen) der Souveränität des Staates

die Souveränität von Individuen entgegengestellt wird, deren Schutz vorrangig durch eben diesen Staat gewährleistet werden sollte – bei dessen Versagen jedoch auf die internationale Gemeinschaft übergehe (Fröhlich 2005). Die Begründbarkeit dieses Denkmodells ist beileibe keine akademische Spiegelfechterei sondern von praktisch-politischer Bedeutung. Hier und andernorts kommt der politischen Philosophie eine eminent kritische Funktion für die Identifizierung von Problemen und Bewertung von Handlungsalternativen zu.

Die zu erwartende Zunahme ethischer Dilemmata in der Weltpolitik wird den Bedarf nach politischer Philosophie noch stärken. Die Trennung zwischen philosophischen und empirischen Ansätzen ist dabei bereits mehrfach erfolgreich überwinden worden: Kants Theorem des demokratischen Friedens bildete die Grundlage für einen ganzen Zweig stark quantifizierender Arbeiten zum Wirkzusammenhang zwischen Staatsform, wirtschaftlicher Verflechtung, internationaler Organisation und Friedfertigkeit (vgl. dazu den Beitrag von Andreas Hasenclever in diesem Band). Die philosophische Durchdringung von Konzepten und Grundbegriffen verbindet sich dabei zugleich mit konstruktivistischen Ansätzen zur Rolle von Ideen und Normen bei der Gestaltung politischen Wandels (Finnemore/Sikkink 1998). Die Erscheinungsformen und Konsequenzen von Globalisierung bzw. politischem Handeln in der „post-nationalen Konstellation“ (Habermas 1998) haben dazu geführt, dass altbekannte Grundfragen der politischen Philosophie sich unter geänderten Bedingungen erneut stellen. So stellt sich etwa die von Schücking (1909) formulierte Doppelfrage nach der Organisation der Welt – verstanden als Frage nach der institutionellen Struktur und der inhaltlichen Aufgabe einer erfolgreichen „Organisation der Welt“ – in neuem Gewand (Fröhlich 2008). In gleicher Weise ist die in erheblichem Maße auf quantitativen Ergebnissen der Friedens- und Konfliktforschung ruhende Konzeption der *Human Security* in der Auswahl ihrer Variablen wie in der Abwägung ihrer politischen Konsequenzen auf die Behandlung einer zweiten Grundfrage der politischen Philosophie angewiesen: „Was ist der Mensch?“ Auch im 21. Jahrhundert hat die politische Philosophie einen Platz in der Analyse und im Verstehen der internationalen Politik. Sie bietet eine Fülle von Einsichten jenseits allzu glatter Unterscheidungen zwischen „Idealismus“ und „Realismus“ und sie warnt vor monokausalen wie vermeintlich endgültigen Klärungen der vielfältigen Spannungen auf der internationalen, transnationalen und globalen Ebene.



Literatur

- Archibugi, Daniele* 1995: *Cosmopolitan Democracy: An Agenda for a New World Order*, Cambridge.
- Beitz, Charles R.* 1979: *Political Theory and International Relations*, Princeton, NJ.
- Bellers, Jürgen* (Hrsg.) 1996: *Klassische Staatsentwürfe. Außenpolitisches Denken von Aristoteles bis heute*, Darmstadt.
- Booth, Ken/Smith, Steve* (Hrsg.) 1995: *International Relations Theory Today*, Oxford.
- Booth, Ken/Nicholas Wheeler* 2007: *The Security Dilemma: Fear, Cooperation and Trust in World Politics*, London.
- Boucher, David* 1998: *Political Theories of International Relations: From Thucydides to the Present*, Oxford.
- Brown, Chris* 2002: *Sovereignty, Rights and Justice: International Political Theory Today*, Cambridge.

- Brown, Chris/Nardin, Terry/Rengger, Nicholas* (Hrsg.) 2002: *International Relations in Political Thought: Texts from the Ancient Greeks to the First World War*, Cambridge.
- Buchheim, Hans* 1993: Aurelius Augustinus' Friedensbegriff als Konzept einer modernen Theorie des Friedens, in: Buchheim, Hans (Hrsg.): *Beiträge zur Ontologie der Politik*, Oldenburg, 73-91.
- Bull, Hedley* 1966: *International Theory: The Case for a Classical Approach*, in: *World Politics* 18: 3, 361-377.
- Bull, Hedley* 2002: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, 3. Auflage, New York, NY.
- Buzan, Barry* 1991: *People, States and Fear: An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era*, 2. Auflage, New York, NY.
- Carr, E.H.* 1981: *The Twenty Years' Crisis 1919-1939: An Introduction to the Study of International Relations*, Houndsmill, CA.
- Chwaszcza, Christine/Wolfgang Kersting* (Hrsg.) 1998: *Politische Philosophie der internationalen Beziehungen*, Frankfurt a.M.
- Clark, Ian/Iver B. Neumann* (Hrsg.) 1996: *Classical Theories of International Relations*, Oxford.
- Cox, Richard* 1962: *The Role of Political Philosophy in the Theory of International Relations*, in: *Social Research* 29: 3, 261-292.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1998: *Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Daase, Christopher* 2003: *Die Englische Schule*, in: Siegfried Schieder/Manuela Spindler (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen, 227-252.
- Der Derian, James* (Hrsg.) 1995: *International Theory: Critical Investigations*, New York, NY.
- Dicke, Klaus* 1993: *Interventionen zur Durchsetzung internationalen Ordnungsrechts: Konstitutives Element der neuen Weltordnung?*, in: *Jahrbuch für Politik* 3, 259-283.
- Donelan, Michael* 1990: *Elements of International Political Theory*, Oxford.
- Doyle, Michael W.* 1997: *Ways of War and Peace: Realism, Liberalism, and Socialism*, New York, NY.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: *International Norm Dynamics and Political Change*, in: *International Organization* 52: 4, 887-917.
- Frank, Thomas M.* 1990: *The Power of Legitimacy among Nations*, New York, NY.
- Fröhlich, Manuel* 1997: *Mit Kant, gegen ihn und über ihn hinaus: Die Diskussion 200 Jahre nach Erscheinen des Entwurfs „Zum ewigen Frieden“*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7: 2, 483-517.
- Fröhlich, Manuel* 2005: *Lesarten der Souveränität*, in: *Neue Politische Literatur* 50: 1, 19-42.
- Fröhlich, Manuel* 2008: *UN Studies: Eckpunkte eines Programms zur Beschäftigung mit der Institution und den Aufgaben der Weltorganisation*, in: Fröhlich, Manuel (Hrsg.): *UN Studies – Umriss eines Lehr- und Forschungsfeldes*, Baden-Baden.
- Gerhardt, Volker* 1995: *Immanuel Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“*. Eine Theorie der Politik, Darmstadt.
- Grew, Wilhelm* 1988: *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, 2. Auflage, Baden-Baden.
- Griffiths, Martin* 1999: *Fifty Key Thinkers in International Relations*, New York, NY.
- Habermas, Jürgen* 1998: *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M.
- Held, David/Anthony McGrew* (Hrsg.) 2000: *The Global Transformations Reader: An Introduction to the Globalization Debate*, Oxford.
- Hinsley, F.H.* 1987: *Power and the Pursuit of Peace: Theory and Practice in the History of Relations between States*, Cambridge.
- Höffe, Otfried* 1999: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München.
- Hoffmann, Stanley* 1987: *Janus and Minerva: Essays in the Theory and Practice of International Politics*, Boulder, CO.
- Holzgrefe, J.L./Keohane, Robert O.* (Hrsg.) 2003: *Humanitarian Intervention: Ethical, Legal, and Political Dilemmas*, Cambridge.

- Hüning, Dieter 2000: „Inter arma silent leges“. Naturrecht, Staat und Völkerrecht bei Thomas Hobbes, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): *Der Leviathan*, Baden-Baden, 129-163.
- Hurrell, Andrew 2007: *On Global Order: Power, Values, and the Constitution of International Society*, Oxford.
- Jackson, Robert 2000: *The Global Covenant: Human Conduct in a World of States*, Oxford.
- Jones, Dorothy V. 1991: *Code of Peace: Ethics and Security in the World of Warlord States*, Chicago, IL.
- Kant, Immanuel 1983: Zum ewigen Frieden. Ein Philosophischer Entwurf, in: Kant, Immanuel: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Band 9, Stuttgart, 195-217.
- Kauppi, Mark W./Paul R. Viotti 1992: *The Global Philosophers: World Politics in Western Thought*, New York, NY.
- Knutson, Torbjorn L. 1997: *A History of International Relations Theory*, 2. Auflage, New York, NY.
- Krell, Gert 2003: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, 2. Auflage, Baden-Baden.
- Link, Werner 1988: Machiavelli als Theoretiker der internationalen Politik. Gleichgewicht oder/und Föderalismus, in: Breitling, Rupert/Winand Gellner (Hrsg.): *Politische Studien zu Machiavellismus und demokratische Legitimierung*, Gerlingen, 163-171.
- Linklater, Andrew 1982: *Men and Citizens in the Theory of International Relations*, London.
- Long, David/Wilson, Peter (Hrsg.) 1995: *Thinkers of the Twenty Years' Crisis. Inter-War Idealism Reassessed*, Oxford.
- Lutz-Bachmann, Matthias/ Bohman, James (Hrsg.) 2002: *Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik*, Frankfurt a.M.
- Menzel, Ulrich 2001: *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, Frankfurt a.M.
- Meyers, Reinhard 1994: *Begriff und Probleme des Friedens*, Opladen.
- Münkler, Herfried 2002: *Die neuen Kriege*, Reinbek.
- Nardin, Terry/Mapel, David R. (Hrsg.) 1992: *Traditions of International Ethics*, Cambridge.
- Parkinson, F. 1977: *The Philosophy of International Relations: A Study in the History of Thought*, London.
- Pijl, Kees van der 1996: *Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive*, Opladen.
- Raumer, Kurt von (Hrsg.) 1953: *Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance*, Freiburg.
- Rawls, John 2002: *Das Recht der Völker*, Berlin.
- Russett, Bruce/O'Neal, John 2001: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York, NY.
- Schücking, Walther 1909: *Die Organisation der Welt*, Leipzig.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) 1995: *Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem*, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 2004: *Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen*, Frankfurt a.M.
- Shapcott, Richard 2004: IR as Practical Philosophy: Defining a ‚Classical Approach‘, in: *British Journal of Politics and International Relations* 6: 3, 271-291.
- Teusch, Ulrich 2003: *Die Staatengesellschaft im Globalisierungsprozess. Wege zu einer antizipatorischen Politik*, Wiesbaden.
- Thompson, Jana 1992: *Justice and World Order: A Philosophical Inquiry*, London.
- Thompson, Kenneth W. 1994: *Fathers of International Thought: The Legacy of Political Theory*, London.
- Thukydides 1991: *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, München.
- Volkmann-Schluck, Karl-Heinz 1974: *Politische Philosophie. Thukydides – Kant – Tocqueville*, Frankfurt a.M.
- Walzer, Michael 2000: *Just and Unjust Wars: A Moral Argument with Historical Illustrations*, 3. Auflage, New York, NY.
- Weizsäcker, Carl-Friedrich von 1994: *Der bedrohte Friede – heute*, München.

Wight, Martin 1991: *International Theory: The Three Traditions*, Leicester.

Wight, Martin 1995: *Why Is There no International Theory?*, in: Der Derian, James (Hrsg.) 1995: *International Theory: Critical Investigations*, New York, NY, 15-35.

Williams, Howard 1992: *International Relations in Political Theory*, Milton Keynes.

Williams, Phil/Goldstein, Donald M./Shafritz, Jay M. (Hrsg.) 1994: *Classic Readings of International Relations*, Fort Worth, TX.

Yost, David S. 1994: *Political Philosophy and the Theory of International Relations*, in: *International Affairs* 70: 2, 263-290.

Zangl, Bernhard/Michael Zürn 2003: *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*, Frankfurt a.M.

Weltordnungskonzepte

1 Einleitung

Dass die Welt, in der sie lebten und starben, eine bestimmte Ordnung hatte, das haben fast alle Menschen zu allen Zeiten angenommen. In diese Vorstellungen von Weltordnung – die reale physische Welt war der Menschheit bis weit in die Neuzeit nur in Ausschnitten bekannt – war immer der Kosmos einbezogen. Andere Akteure als die Menschen, also Tiere, Fabelwesen, Geister und vor allem Götter oder in den monotheistischen Religionen Gott spielten eine wichtige Rolle. Die Grenze zwischen der realen und der phantasierten Welt war also noch durchlässig.¹ Meist hatten diese Weltordnungsvorstellungen eine historische Dimension, die Herkunftsmythen einschloss, und ein Telos, ein Endziel, das die Welt auf ein gutes oder böses Ende (oder beides) zusteuern ließ. Diese vormodernen Weltordnungskonzepte, die heute noch bei vielen Völkern mit traditionellen Lebensweisen oder bei stark fundamentalistisch-religiös geprägten Gruppierungen eine wichtige, auch handlungsleitende Rolle spielen, haben sich mit der Herausbildung des wissenschaftlichen Weltbildes Zug um Zug säkularisiert. Sie wurden durch immer neue Entdeckungen der Geographie, der Astronomie, der Medizin, der Psychologie und der Kulturwissenschaften entzaubert. In den Sozialwissenschaften haben zunächst die großen politischen Ideologien die mythisch oder religiös geprägten Weltordnungskonzepte abgelöst, wobei durchaus heilsgeschichtliche Traditionen in säkularisiertem Gewand überlebten (Löwith 1967). Mit diesen großen politischen Ideologien, also Konservatismus, Liberalismus und Marxismus, neuerdings auch Feminismus, die sich in enger Wechselwirkung mit Industrialisierung und Mobilisierung auf der einen, Massenkommunikation, Bildung und Politisierung auf der anderen Seite im Laufe des 18.-20. Jahrhunderts zunächst in Europa entwickelten, stehen auch die aktuellen Weltordnungskonzepte in den Internationalen Beziehungen noch in Verbindung (vgl. dazu ausführlich Krell 2009).²

Es gibt, wie in der Politikwissenschaft insgesamt, auch in den Internationalen Beziehungen keine einheitlichen Vorstellungen davon, wie die politische Welt organisiert und strukturiert (d. h. geordnet) sei bzw. sein sollte. Wie sie sein sollte, damit beschäftigt sich vorrangig die Politische Philosophie oder Ethik (vgl. dazu den Beitrag von Manuel Fröhlich in diesem Band). Dabei geht es in der Regel darum, wie unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung – einem langen historischen Prozess, der spätestens mit der Neuzeit

¹ Damit rede ich nicht einem naiven erkenntnistheoretischen Realismus das Wort. „Die“ Realität, vor allem die soziale Realität, bleibt auch in der Moderne immer eine wahrgenommene und – freilich nicht beliebig – zu deutende (vgl. dazu grundlegend Meinefeld 1995).

² Die folgenden Ausführungen fußen auf der genannten Studie.

einsetzt (Osterhammel/Petersson 2003) – Frieden, Recht, Gerechtigkeit, Partizipation und der Schutz der Ressourcen und der Umwelt aus einer kosmopolitischen Perspektive gedacht und realisiert werden können (Gosepath/Merle 2002; Höffe 1999; Küng/Senghaas 2003; Lutz-Bachmann/Bohman 2002). In den Internationalen Beziehungen liegt der Akzent mehr auf der real existierenden Weltordnung, auf Annahmen und Aussagen über die entscheidenden Akteure und ihre Ziele und Präferenzen, über die Qualität und Struktur ihres Handlungsumfeldes und über die zentralen Antriebsmomente der internationalen Politik, ihre grundlegenden Probleme und ihre Entwicklungsperspektiven.

2 Die Welt zwischen Integration und Polarisierung

Ob es schon eine Art Weltgesellschaft, also eine „fortschreitende Zusammenfassung der menschheitlichen Zivilisation aller Völker in einem Gesellschaftskörper“ (Luhmann 1975: 51)³ gibt, wird intensiv und kontrovers diskutiert (Albert 2002, Stichweh 2000). Auf der einen Seite haben wir es mit einer vereinheitlichenden Tendenz zu tun, und zwar sowohl ökonomisch wie rechtlich als auch ansatzweise politisch-ideologisch. Die „kosmopolitische Tendenz der Produktivkräfte“ (Friedrich List, 1789-1846), die wir heute Globalisierung nennen, war neben List auch Immanuel Kant (1724-1804) und Karl Marx (1818-1883), damit also dem 18. und dem 19. Jahrhundert schon durchaus vertraut. Wobei die „planmäßige Ausbeutung der Erde“ (Karl Marx) allen dreien noch nicht einmal andeutungsweise als Problem erschien. Das Völkerrecht hat im 20. Jahrhundert den Grundstein für ein kollektives (globales) Sicherheitssystem gelegt, und trotz aller Reibungsverluste und Rückschläge macht die Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen weitere Fortschritte (List/Zangl 2003). Wenn wir weltweiten Umfragen trauen können, dann gehören demokratische Freiheitsrechte, eine unabhängige Justiz und soziale Marktwirtschaft zu den Aspirationen großer Mehrheiten überall auf der Welt. Der deutsche Soziologe Niklas Luhmann (1927-1998) hatte schon 1975 in einem Epoche machenden Beitrag seine These von der Weltgesellschaft v.a. mit der Möglichkeit weltweiter Kommunikation begründet (Luhmann 1975: 53):

„Ein Argentinier mag eine Abessinierin heiraten, wenn er sie liebt; ein Seeländer in Neuseeland Kredit aufnehmen, wenn dies wirtschaftlich rational ist, ein Russe technischen Konstruktionen vertrauen, die in Japan erprobt worden sind; ein französischer Schriftsteller in Ägypten homosexuelle Beziehungen suchen; ein Berliner sich auf den Bahamas bräunen, wenn ihm dies ein Gefühl der Erholung vermittelt.“

Was macht aus dieser weltweiten Kommunikation einen Weltzustand, so fragte Luhmann weiter. Einmal das „immense Anwachsen der Kenntnisse über Fakten des Lebens und der Interaktionsbedingungen aller Menschen“. Hinzu komme die universelle Verbreitung wissenschaftlichen Wissens und technologischer Errungenschaften mit einem weltweiten wissenschaftlich-technischen Kommunikationsnetz. Als drittes nannte er eine weltweite öffentliche Meinung, dann „weltweite wirtschaftliche Verflechtungen“ und „weltweite Möglich-

³ Luhmann bezieht sich mit dieser Formulierung auf einen Text des Soziologen Albert Schäffle, der die genannte Tendenz schon 1896 zu erkennen glaubte.

keiten der Bedarfsdeckung“, er sprach sogar von einer „auf Weltfrieden beruhenden Verkehrszivilisation“, in der sich ein „urban erzeugter Mensch gleich welcher Provenienz“ zurechtfinde. Die Weltgesellschaft sei dadurch entstanden, dass die Welt durch die Prämissen weltweiten Verkehrs vereinheitlicht worden sei (Luhmann 1975: 54f.).

Freilich verläuft der Prozess globaler Vergesellschaftung widersprüchlicher oder in anderer Weise widersprüchlich, als es die großen Denker von Kant bis Luhmann formuliert haben; die Vereinheitlichung provoziert ihrerseits neue Polarisierungen und Fragmentierungen. Quer zu den kosmopolitischen Tendenzen liegt eine Reihe von Spaltungen oder gravierenden Differenzierungen, die es als höchst fahrlässig erscheinen lassen, ohne Kontextualisierung überhaupt von Globalisierung zu sprechen. Worin genau diese entscheidenden Spaltungen heute bestehen, das ist freilich nicht nur in der Alltagssprache oder in polarisierten Auseinandersetzungen, sondern auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion umstritten (vgl. dazu die Beiträge von Reinhard Rode sowie Doris Fuchs und Matthias Gaugele in diesem Band).

Dass der Ost-West-Konflikt das Weltgeschehen für eine Generation geformt bzw. deformiert hat, das lässt sich auch aus der Rückschau kaum bestreiten; man kann höchstens darüber diskutieren, inwieweit die schon genannte kosmopolitische Tendenz der Produktivkräfte zu seinem Ende beigetragen hat. An Angeboten für neue globale Konfliktformationen fehlt es nicht. In der ersten Phase der öffentlichen Debatte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war häufig zu hören, der Ost-West-Gegensatz werde nun vom Nord-Süd-Konflikt abgelöst. Der Golf-Krieg von 1991, in dem die alte zweite Supermacht Sowjetunion das militärische Niederringen ihres einstigen Dritte-Welt-Klienten Irak durch den ehemaligen Systemgegner USA tolerierte, ja sogar politisch absicherte, schien diese These vordergründig zu untermauern. Aber schon die Koalitionsbildungen waren viel zu heterogen, der damalige Golfkrieg war eher ein Süd-Süd-Konflikt mit Beteiligung der Industriestaaten. Rein statistisch gesehen haben wir es seit etwa einem halben Jahrhundert mit einer kontinuierlichen Abnahme der Nord-Süd-Kriege zu tun, wobei die historischen Schwerpunkte einmal in der gewaltsamen Unterwerfung des Südens in der Zeit des Kolonialismus und Imperialismus und dann wieder in der Phase der Befreiungskriege liegen. Der Nord-Süd-Konflikt war bislang nie wirklich ein Sicherheits-, sondern immer ein Verteilungskonflikt. Allerdings hatten die Verteilungsprobleme sicherheitsrelevante Auswirkungen, und zwar sehr viel mehr im Süden selbst als gegenüber dem Norden. Die Intervention der USA und Großbritanniens (mit Beiträgen weiterer Länder) im Irak 2003 widerspricht diesem Trend und dieser Aussage nicht, denn die befürchtete Bedrohung durch Nuklearwaffen und Unterstützung des internationalen Terrorismus hat sich als Fehleinschätzung herausgestellt. Die Attentate des internationalen Terror-Netzwerks al Qaida auf das Pentagon und das World Trade Center vom 11. September 2001 markieren in diesem Zusammenhang freilich eine nicht nur hoch symbolische Zäsur. (Ich komme auf das Thema gleich zurück.)

Parallel zur Debatte über die Weltgesellschaft hat sich eine Diskussion über eine Weltkultur oder ein Weltethos (Küng/Senghaas 2003) entwickelt, also über die Frage, ob neben der weltweiten Vergesellschaftung eine globale Vergemeinschaftungstendenz zu beobachten sei. Mit Max Weber (1864-1920) können wir als Vergesellschaftung soziale Beziehungen begreifen, die sich auf rational motivierten Interessenausgleich oder auf rational motivierte Interessenverbindung gründen; von Vergemeinschaftung sprechen wir dann, wenn soziale

Beziehungen auf „subjektiv gefühlter (...) Zusammengehörigkeit der Beteiligten“ beruhen (Weber 1972: 21). Die Forschungsgruppe Weltgesellschaft argumentiert schon in den neunziger Jahren, dass beide Dimensionen im Globalisierungsprozess zu finden sind, aber nicht zwangsläufig parallel laufen. Es sind sogar negative Wechselwirkungen möglich, das heißt weltweite Vergesellschaftungsprozesse können zu verstärkter Partikularisierung und Separierung auf der Seite der Gemeinschaftsbildungen führen. In jedem Fall rechneten die Autoren mit einem Spannungsverhältnis zwischen partikularistischen Vergemeinschaftungs- und universalistischen Vergesellschaftungstendenzen (Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: 20-23). Dieses Spannungsverhältnis findet sich auf allen Analyse-Ebenen: global, transnational und in den nationalen Gesellschaften. „McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem“ heißt der Untertitel eines neuen Buches des israelischen Soziologen Uri Ram: globalisierte kapitalistische Zivilisierung auf der einen, lokale national-religiöse Ethnozentrierung auf der anderen Seite (Ram 2006).

Die inzwischen schon klassische Positionierung zu diesem Thema hat der Ende 2008 verstorbene US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington vorgenommen, der die Aussichten für eine globale Vergemeinschaftung sehr skeptisch einschätzte, obwohl auch er einen solchen Prozess nicht völlig ausschloss (Huntington 1997). Die Programmatik seines immer wieder neu aufgelegten und viel verkauften Buches über den *Kampf der Kulturen* ist insgesamt nicht ganz so eindeutig, wie es die Diskussion darüber manchmal nahe legt. Allerdings suggerieren der Titel und viele apodiktisch vorgetragene Thesen, der Ost-West-Konflikt werde von einer Art „Stammeskonflikt im Weltmaßstab“ zwischen sieben (oder acht) großen Zivilisationen abgelöst. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte dominiere der Faktor Kultur als Konfliktursache. So genannte Bruchlinienkonflikte an den Stellen, an denen große Zivilisationen in benachbarten Staaten oder in einem einzelnen Land aufeinander stießen, seien besonders eskalationsträchtig. Sie könnten weitere Akteure aus den großen Kulturkreisen in die Auseinandersetzungen hineinziehen und sie u. U. bis zu einem Krieg zwischen den zivilisatorischen Kernstaaten – sie lösen die alten Supermächte ab – und ihrem jeweiligen Anhang aufsteigen lassen. Aber diese Mechanismen sind auch bei Huntington nicht zwangsläufig. So können die Großstaaten mäßigend auf Bruchlinienkonflikte einwirken, und der große *Clash* ist vermeidbar. Huntington plädiert im Übrigen am Ende ausdrücklich für eine multikulturelle Welt. Die Kulturen sollen nach Gemeinsamkeiten suchen, universelle Gültigkeit soll keine für sich in Anspruch nehmen.

Huntingtons Beispiele belegen, welche mobilisierenden und auch gewalttätigen Wirkungen mit kultureller Identität verbunden sein können, aber kulturelle Differenz allein ist kein ausreichender Grund für gewaltsame Konflikte, genauso wenig wie kulturelle Ähnlichkeit oder Nachbarschaft Frieden garantiert. Die Statistik zeigt, dass gewaltsame Konflikte *innerhalb* der großen Kulturkreise häufiger sind als solche zwischen ihnen.⁴ Der antiwestliche islamistische Fundamentalismus und vor allem seine terroristische Variante und die Ansätze zur Gegenfundamentalisierung in der Politik der Regierung Bush jr. geben Huntingtons These einen Schein von Glaubwürdigkeit, aber eben nur einen Schein. Zwar stand die Führungsmacht des Westens längere Zeit nicht gerade hoch im Kurs bei den Öffentlich-

⁴ Vgl. dazu u.a. Russett/Oneal/Cox (2000) sowie die an den Artikel anschließende Diskussion der AutorInnen mit Huntington.

keiten in den arabischen oder in anderen islamisch geprägten Staaten, die Umfragewerte erreichten Tiefststände und die Sympathien für Osama bin Laden waren in einigen Ländern zeitweise erstaunlich hoch, aber von einer einheitlich oder durchgängig antiwestlichen Einstellung im islamisch geprägten „Kulturkreis“ kann überhaupt keine Rede sein.

Huntington übersieht in seinem *Clash of Civilizations*, darauf hat Dieter Senghaas aufmerksam gemacht, dass alle nicht-westlichen Kulturen, egal wie man sie kategorisiert, vor einer vergleichbaren systematischen Herausforderung stehen, wie sie der Westen selbst in einem sehr langwierigen und konfliktreichen Weg zu bewältigen hatte: der Transformation traditionaler in moderne Gesellschaften (Senghaas 1998). Pluralität unter den Bedingungen von Politisierung zu institutionalisieren, das ist dabei eine zentrale zivilisatorische Aufgabe. In den um diesen Prozess sich anlagernden Auseinandersetzungen der Kulturen *mit sich selbst* liegt die entscheidende Entwicklungs- und Konfliktodynamik. Mit welchen Schwierigkeiten die gewaltfreie Institutionalisierung von Pluralität auch und gerade im Westen verbunden war und noch ist, das brauche ich als Deutscher nicht im Einzelnen auszuführen.

Eine ganz andere Dimension arbeitet, ebenfalls in der Auseinandersetzung mit Huntington, Werner Link heraus, der überprüft, ob sich aus dem transnationalen politisierten fundamentalistischen Islam Parallelen zur Genese des Ost-West-Konflikts zwischen Kapitalismus und Sozialismus ergeben können, der ja auch aus der partiellen Verstaatlichung einer transnationalen Bewegung gegen die etablierte Weltordnung hervorgegangen ist (Link 2004). Dass der Kampf der islamistischen Terroristen nicht nur ein Kampf gegen den Westen schlechthin ist, sondern sich ebenso heftig und in Zahlen der Opfer gesprochen sogar viel mehr gegen die eigenen Lands- und Kulturleute richtet, wäre dabei kein Argument; das war ja in der Kommunistischen Internationale auch so. Auch die gewalttätigen Spaltungen etwa zwischen Schiiten und Sunniten wären nicht unbedingt eine spezifische Differenz. Plausibler erscheint mir, dass die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften und zentral gelenkten Verstaatlichung des terroristisch agierenden Islamismus eher als gering einzuschätzen ist.

Eine noch schärfere Deutung des „Kampfes der Kulturen“ hat jüngst Norman Podhoretz vorgelegt, einer der Väter des Neokonservatismus in den USA und einer der wenigen Intellektuellen, die Präsident George Bush jr. bis zuletzt in allen Begründungsaspekten des Irak-Krieges die Stange hielten. Laut Podhoretz befindet sich die Welt bereits im Vierten Weltkrieg, einem Weltkrieg zwischen im Wesentlichen den USA auf der einen und dem so genannten Islamofaschismus auf der anderen Seite (Podhoretz 2007). Es mag sein, dass sowohl der Liberalismus und die politische Linke als auch die rationalistische Politikwissenschaft die Bedrohung durch gewaltbereite islamische Extremisten, ja durch politisierte fundamentalistische Religion überhaupt, unterschätzen; gleichwohl sind die Thesen von Podhoretz so fragwürdig, die Akteure auf der Gegenseite so nebulös, die historischen Analogien (wir leben im Jahre 1938) so überzogen und die empfohlenen Strategien, wie im Irak zu sehen, so problematisch und zumindest teilweise kontraproduktiv, dass auf dieser Grundlage kaum eine seriöse Diskussion möglich ist.⁵

⁵ Vgl. dazu Roy, der Spaltungen der islamischen Welt, ihre Koalitionsbildungen quer zu den „Kulturen“ und dringend erforderliche Kontextualisierungen zu verschiedenen Konflikten unter Beteiligung von Islamisten thematisiert und mahnt: „Wir müssen aufhören, die Welt durch die Zerrbrille von Al-Qaida zu betrachten, denn darin liegt ihre einzige Macht (Roy 2007: 180).“

In der politikwissenschaftlichen Diskussion weitaus häufiger anzutreffen als der Kampf der Kulturen war eine Zeitlang die Aufteilung zwischen dem OECD-Gravitationszentrum mit einigen Aspiranten (China, Indien, Russland, Brasilien), die zunehmend oder wieder zunehmend selbst global aktiv sind, und dem randständigen Rest; in stärker sicherheitspolitischen Kategorien gesprochen zwischen der „Zone of Peace“ und den „Zones of Turmoil“ (Singer/Wildavsky 1996). Empirisch untermauert wurde diese Sichtweise von der Kriegsstatistik, der zufolge die entwickelten Industriestaaten, von einigen ethnonationalistischen Randkonflikten wie in Nordirland oder im Baskenland abgesehen, seit 1945 fast völlig aus dem globalen Kriegstrend herausfielen. Zwar nahm die weltweite Kriegsbelastung von 1945 bis Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich zu, aber diese Entwicklung wurde von den Bürgerkriegen in den Entwicklungsländern bestimmt. Nach dem Ende der Entkolonialisierung lag die Dritte Welt anscheinend mit sich selbst im Kriege. Hinzu kamen dann nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die ethnonationalen Konflikte, die sich aus den Auflösungsprozessen der Vielvölkerstaaten UdSSR und Jugoslawien ergaben. Dem stand auf der anderen Seite der „demokratische Frieden“ gegenüber (vgl. dazu den Beitrag von Andreas Hasenclever in diesem Band). Konsolidierte Demokratien führen keine Kriege gegeneinander; oder um es ganz genau im Sinne einer der jüngeren großen quantitativen Untersuchungen zu formulieren: die Zahl der militarisierten Auseinandersetzungen zwischen voll entwickelten Demokratien liegt 41 Prozent unter dem Dyaden-Durchschnitt, gemischte Dyaden (Demokratie versus Autokratie) liegen 73%, autokratische Dyaden 67% darüber (Russett/Oneal 2001: 115). Abgesehen von der moralischen Herausforderung dieser Spaltung für eine kosmopolitische Perspektive besteht aus Sicht der „Friedenszone“ das entscheidende Problem darin, dass der *Turmoil* nicht auf sich selbst beschränkt bleibt, sondern über Staatszerfall, internationalen Terrorismus, politische, Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge, Umweltschäden mit interregionalen Auswirkungen sowie Instabilität in Gebieten mit lebenswichtigen Rohstoffen in die „Friedenszone“ hineinwirkt.

Differenzierter nach ökonomischen Entwicklungsformen und Lebensbedingungen und ebenso heterogenen politischen Organisations-, Integrations- und Desintegrationsformen unterscheidet Dieter Senghaas in einer anderen Analyse die Konstitution der Welt. Er leugnet nicht die unbestreitbare historische Dynamik, die auf „eine Welt“ hinwirkt, will aber die in diesem Welt-Diskurs vernachlässigte „real existierende Welt“ mit ihren Teilstrukturen und Abschichtungen zur Sprache bringen. Und diese real existierende Welt besteht vor allem aus vier Teilwelten: (1) die postmoderne Erste Welt, d. h. die hoch integrierte und pazifizierte OECD-Welt der entwickelten Industriestaaten, (2) die moderne Neue Zweite Welt der erfolgreichen Nachzügler in Osteuropa und Ostasien, (3) die pseudomodernere Dritte Welt der Entwicklungsländer mit ihren strukturell heterogenen Ökonomien, politischen Autokratien und vielfach Reformen blockierenden Eliten, insgesamt mit einem Mangel an breit gefächerter Entfaltung der produktiven Kräfte im weitesten Sinne, und (4) die prämoderne Vierte Welt mit ihrem Defizit an Staatlichkeit überhaupt bis hin zu *failing states* mit ihren Gewaltökonomien (Senghaas 2003, 2004). Nicht zuletzt im Rückgriff auf Friedrich List stellt Senghaas so das Entwicklungsdilemma ins Zentrum seiner Analyse der Weltordnung, also die Problematik nachholender Entwicklung unter Peripherisierungsdruck seitens der Vorreiter-Ökonomien. Aber auch bei ihm kommen die Verbindungen zwischen den vier Teilwelten zu kurz. Eine zureichende Analyse der Weltlage muss die Eigenständigkeit und

die jeweils selbst produzierten, also endogenen Problematiken in den *Zones of Turmoil* mit den heutigen Formen des „inhospitablen Betragens“ der „gesitteten, vornehmlich Handel treibenden Staaten unseres Weltteils“ (so Immanuel Kant schon 1795, siehe 2002: 22) *verbinden*. Und die Aufteilung der vier Welten wäre weiter zu differenzieren. So haben die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen der OECD-Welt, dem (vorübergehenden?) „Absteiger“ Russland, dem Aufsteiger China und einer Reihe von Drittweltländern, insbesondere den Ölexporteuren, zum Teil dramatisch zugenommen; nicht nur im Handel und bei den Rohstoffen, sondern auch bei den Investitionen und im Finanzwesen.

3 Balance of Power, Hegemonie, Empire und Imperialismus

Im Laufe der neunziger Jahre bildete sich eine Weltkonstellation heraus, die den USA (erneut) eine historisch außergewöhnliche internationale Machtposition zu verleihen schien. Verbunden mit dem Unilateralismus auf fast allen Gebieten der Außenpolitik, der mit der Präsidentschaft von George Bush jr. einen Höhepunkt erreichte, hat diese Konstellation die politische und politikwissenschaftliche Debatte über Balance of Power (vgl. dazu den Beitrag von Xuewu Gu in diesem Band) und Hegemonie erheblich beeinflusst und eine neue Diskussion über Empire und Imperialismus hervorgerufen, und zwar quer zu allen Theorie-traditionen in den IB. Schon im Realismus fanden sich sehr verschiedene Interpretationen der Unipolarität bzw. der *Hyperpuissance* der USA (Ikenberry 2002). Während die strengen strukturellen Realisten schon damals auf längere Sicht eine unvermeidbare Gegenmachtbildung oder eine neue Hegemonialkonkurrenz erwarteten (mit der Volksrepublik China), sahen moderate Realisten wie Michael Mastanduno oder Werner Link die Herausforderung für die USA darin, mit gemäßigter Hegemonialpolitik ein konfrontatives *Balancing* der anderen Großmächte zu verhindern und auf diese Weise ihre Herrschaft zu stabilisieren (Mastanduno 1999, Link 2004). Die zentrale Aufgabe für die amerikanische Diplomatie bestand für Mastanduno darin, (1) sich mit den Staaten zu arrangieren (bzw. sie zu kooptieren), die am Status quo interessiert sind, (2) den revisionistischen Staaten entgegen zu treten und (3) – das ist die wichtigste Leistung – zwischen beiden Gruppen sorgfältig zu unterscheiden. Außerdem kam es darauf an, nicht der Versuchung der Arroganz der Macht zu erliegen (Mastanduno 1999: 35). Wie man heute wird sagen müssen, ist der Groß- oder Supermacht USA unter George Bush jr. die Einlösung dieser Kriterien gründlich misslungen.

Andere Realisten bezogen sich, zum Teil unter Rückgriff auf das Römische Imperium, dezidiert auf die Kategorie imperialer Macht. So argumentierte Herfried Münkler, Imperien unterschieden sich von anderen Staaten dadurch, dass sie sich nicht in einem reziproken Verhältnis sähen, sondern einen Ausschließlichkeitsanspruch verfolgten, der sie grundsätzlich zum Unilateralismus tendieren lasse (Münkler 2003). Danach waren die Selbstbeschränkungen der USA und der erhebliche Einfluss der kleinen und mittleren Staaten auf die Bündnisentscheidungen in der NATO eine Folge der Konkurrenz mit einer anderen imperialen Macht, nämlich der Sowjetunion; mit dem Zusammenbruch der UdSSR sei jedoch das Interesse der US-Administration an Selbstbindung geschwunden, da sie nicht mehr auf den politischen Nutzen aus diesen Selbstbeschränkungen gegenüber ihren Verbündeten angewiesen war. Das Imperium zeichne sich gleichwohl durch Integrationsleistungen des impe-